

GENERALREDE

des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs
zum Budget 2012

gehalten von

Gemeinderat Ing. Roland Lohr

am 12.12.2011

Generaldebatte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie!

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Lange ersehnt, bereits im Vorfeld zahlreiche Diskussionen verursachend und medial äußerst professionell begleitet, liegt nun der Voranschlag für das kommende Jahr dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor.

Von den Medien durchaus gelobt, geht dieser Voranschlag an den Start und erweckt bei zahlreichen Grazerinnen und Grazern Hoffnungen, die er leider auf lange Sicht nicht halten wird. Bereits die Berichterstattung und die Präsentation des Budgets 2012 veranlassen den aufmerksamen Beobachter zu einer genaueren Betrachtung. Lassen wir uns von einer Pressekonferenz nicht täuschen, in deren Rahmen sich die beiden Koalitionsparteien – passend zur Weihnachtszeit – selbst beweihraucherten. - Eine Pressekonferenz, die Schwarz und Grün dazu benützten, um ihre Darstellung des Haushaltes zu präsentieren. Nicht ganz soviel Raum wurde den übrigen Parteien zur Kritik eingeräumt.

Was hätten die zahlreichen Medienvertreter dann auch anderes tun sollen, als der Schwarz-Grünen Lobhudelei Glauben zu schenken. Andere Informationen oder kritische Stimmen wurden seitens des zuständigen Stadtrates, Dr. Rüschi, - und er wird gewusst haben warum – gar nicht erst kommuniziert. Das hätte wohl auch nicht ins Bild der beiden Schwarzen Strahlemänner Stadtrat Rüschi und Bürgermeister Nagl gepasst.

Wer sich allerdings in der Person von Bürgermeister-Stellvertreterin Rucker ein regulierendes Element erhofft hat, der wurde spätestens nach der letzten Pressekonferenz bitter enttäuscht.

Mit vereinzelt Wortspenden rundete diese das schön gefärbte Bild der Haushaltspräsentation ab und ließ jeden Anflug von Kritik vermissen. Vielleicht erklärt sich dieses Verhalten mit den geplanten Vorhaben beider Parteien im nächsten Jahr.

Mit zahlreichen Investitionen in die Infrastruktur und der Realisierung des einen oder anderen grünen Wunsches wurde der kleine Koalitionspartner ruhig und zufrieden gestellt. Die übrigen Parteien hingegen sind vom Informationsfluss gänzlich abgeschnitten. Auch hier hat diese Koalition ganze Arbeit geleistet. Die Umfärbelungsaktionen in den diversen Aufsichtsräten stadteigener und stadtnaher Betriebe trägt demokratiepolitisch fragwürdige, aber aus Sicht von Schwarz-Grün erwünschte Früchte.

Im Rahmen der Haushaltspräsentation unserer Stadt liegt der Voranschlag regelmäßig zur Einsichtnahme für die Grazerinnen und Grazer auf. Allerdings muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Teilnahme der Bürger enden wollend ist. Ich glaube aber nicht, dass dieser Umstand aus einer generellen Interesselosigkeit resultiert, sondern vielmehr bin ich der Ansicht, dass dies eine Folge der nicht gerade kundenfreundlichen Darstellung des Haushaltsplanes ist. Wer kann schon ohne entsprechende Vorbildung aus dieser durchaus voluminösen und umfangreichen Darstellung des kameralen Haushaltes wirklich konkrete Schlüsse ziehen. Wenn ich eine derartige Kritik äußere, dann betone ich, dass sich diese ausschließlich an die zuständigen Politiker richtet und die großartige Arbeit der betroffenen Magistratsmitarbeiter hiervon unberührt bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und des Stadtsenates, wenn jeder von Ihnen ehrlich zu sich selbst ist und sich der ungeschminkten Wahrheit stellt, dann werden wohl nicht wenige aus Ihren Reihen zugeben müssen, dass aus der bloßen Darstellung von Zahlenwerken keine profunde Sicht auf die finanzielle Gesamtlage abzuleiten ist.

Wesentlich sind konkrete Erläuterungen und Darstellungen, die es auch dem Laien ermöglichen, einen realistischen Gesamteindruck zu gewinnen. Als interessierter und pflichtbewusster Gemeinderat hat man naturgemäß ein Interesse daran, hinter die Kulissen zu blicken und jenseits der medienwirksamen Darstellungen der Stadtregierung Informationen über den neuen Voranschlag einzuholen. Wenn nun ein solcherart motivierter Gemeinderat bei den zuständigen und äußerst kompetenten Mitarbeitern der Stadt Graz vorstellig wird und im Zuge dessen um ein erläuterndes Gespräch bittet, dann sieht dieser ambitionierte Kommunalpolitiker im konkreten Beispiel buchstäblich schwarz.

Nach einer entsprechenden Weisung von Stadtrat Rüschi dürfen nämlich die mit der Materie befassten Mitarbeiter nur nach ausdrücklicher Erlaubnis durch den Herrn Stadtrat selbst, Vertretern anderer Parteien über das Budget Auskunft erteilen.

Fast hat man den Eindruck, das Informationsmonopol läge bei der ÖVP.
- Demokratieverständnis nach dem Geschmack der Volkspartei:
Niemand soll die Atmosphäre des Wohlfühlens, des permanenten Lächelns und Beschönigens stören. Obwohl das Schiff schon gehörige

Schiefelage aufweist, möchten die Damen und Herren von Schwarz und Grün ungestört weitertanzen.

Da wir aber – wie die gesamte Grazer Bevölkerung – mit an Bord sind, werden Sie, meine Damen und Herren von Schwarz und Grün, sicher verstehen, dass ich im Gegensatz zu Ihnen nicht unbedingt in Feierlaune bin und Ihrer Partystimmung im Folgenden leider eine Absage erteilen muss.

Ich erlaube mir, meinen nun folgenden materiellen Betrachtungen eine Aussage von Stadtrat Rüschi aus der letzten Gemeinderatssitzung voranzustellen.

„Eine Stadt, die keine Schulden hat, tut nichts für ihre Bürger!“

Dieser äußerst fragwürdigen Visitenkarte der geistigen Befindlichkeit des zuständigen Stadtrates muss aus meiner Sicht präzisierend folgende Aussage gegenübergestellt werden.

„Eine Stadt, die eine bedenkenlose Politik des Schuldenmachens betreibt, denkt nicht an kommende Generationen!“

Man muss der ÖVP, Herrn Bürgermeister Nagl und Stadtrat Rüschi ja durchaus konzедieren, dass sie über eine äußerst medien- und außenwirksame Selbstdarstellung verfügen.

Demokratiepolitisches Verständnis und die politische Fähigkeit über den eigenen Tellerrand hinaus zu disponieren, sind hingegen nur rudimentär vorhanden.

Gemäß der aktuellen Darstellung sind die laufenden Einnahmen der Stadt Graz mittlerweile höher als die laufenden Ausgaben. Dieser

Umstand lässt sich aber auch dadurch erklären, dass die Einnahmen der Stadt Graz aus Ertragsanteilen des Bundes, sowie aus eigenen Steuern und Gebühren gestiegen sind. Es ist also durchaus zulässig, zu behaupten, dass der Bürger verstärkt zur Kasse gebeten wird. Die angekündigten und zukünftig bereits geplanten Gebührenerhöhungen lassen bereits heute erkennen, dass diese Politik des Abkassierens fortgesetzt werden wird. Halten wir also fest, dass die Mehreinnahmen zu einem Großteil nicht der innovativen Politik des Herrn Stadtrates Rüscher zu verdanken sind, sondern einfach durch erhöhte Abgaben der Bürger zustande kommen.

Der Überschuss der laufenden Einnahmen über die Ausgaben soll im kommenden Jahr € 62.000.000 betragen

Die Stadt Graz weist für das Jahr 2012 vor Zinsen eine konsolidierte Finanzschuld von € 1.075.000.000 aus.

Ausgabenseitig sind Investitionen von € 171.000.000 vor allem für die Infrastruktur geplant sowie eine Zinsbelastung in der Höhe von € 41.000.000 veranschlagt wird.

Das bedeutet also für 2012 eine Neuverschuldung um € 150.000.000. Somit steigt der Schuldenstand also auf € 1.225.000.000.

Bei der Darstellung möglicher künftiger Entwicklungen geht die Stadt Graz stets von steigenden Einnahmen aus und übersieht dabei aber die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die natürlich auch fiskalpolitische Auswirkungen hat.

Alleine aus dem Finanzausgleich des Bundes muss in Zeiten der Rezession trotz steigender Einwohnerzahlen mit stagnierenden und –

noch wahrscheinlicher – mit geringeren Mitteln gerechnet werden. Logischerweise kann der Bund an die untergeordneten Gebietskörperschaften nur das verteilen, was zuvor an Steuermitteln eingenommen wurde. Wenn nun eben diese Steuerleistungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten geringer ausfallen, sinkt auch der Wert der zu verteilenden Anteile.

Der Stadtrechnungshof schreibt in seinem Prüfbericht zum Jahresrechnungsabschluss für das Jahr 2010, dass mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung zu rechnen ist. So heißt es dort unter dem Punkt „Haushaltsanalyse“ wörtlich:

*Für die **nächsten Jahre ist** - bedingt durch ambitionierte Investitionsprogramme **mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung** zu rechnen. Es ist zu befürchten, dass die Zunahme der Einnahmen aus dem laufenden Betrieb mit der Zunahme der Verschuldung nicht Schritt halten wird. Für das Jahr 2010 ist der **Verschuldungsgrad**, bezogen auf die **laufenden Einnahmen**, jedenfalls **leicht rückläufig**.*

*Eine spürbare **Verringerung** der **Finanzschulden** kann nur gelingen, wenn das konsolidierte **Investitionsniveau unter dem laufenden Cash Flow** gehalten werden kann. Dazu sind weitere **Verbesserungen im laufenden Cash Flow** und strikte **Investitionsrahmenbeschränkungen** erforderlich.*

Nun müssen wir aber aufgrund der steigenden Schuldenlast unserer Stadt mit einer höheren Zinsbelastung rechnen. Aus diesem Grunde mahnt der Stadtrechnungshof wohl auch unter dem Punkt „*Fazit zum städtischen Haushalt*“ zu konsequenter Budgetdisziplin.

Ich zitiere auch in diesem Zusammenhang wörtlich aus dem Abschlussbericht des Stadtrechnungshofes:

*Mit einer gewissen Besorgnis hat der Stadtrechnungshof auch 2010 **die Beschlussfassungen der letzten Jahre**, die in den nächsten Jahren zu einem erheblichen **Anstieg der so genannten „Folgekosten“** (Kosten des Betriebs und Finanzierungskosten) führen werden. Diese durch **die Beschlüsse induzierten künftigen Aufgaben** werden die budgetären Handlungsspielräume empfindlich einschränken.*

Der Stadtrechnungshof bewertet also die wirtschaftliche Situation unserer Stadt nicht ganz so rosig wie die Damen und Herren der ÖVP und der Grünen.

Es ist jedes Jahr dasselbe Spiel, dem die Grazerinnen und Grazer hier im Haus regelmäßig kurz vor Weihnachten beiwohnen dürfen. Die für das Budget verantwortlichen Parteien loben den jeweils jüngsten Entwurf geradezu über den grünen Klee, während die übrigen Parteien – naturgemäß - weniger bewundernd über das vorgelegte Elaborat urteilen.

„- the same procedure as every year“- So lässt sich der jährliche Budgetzauber in einem klassischen Ausspruch zusammenfassen.

Die Aktionen der einen und die darauf folgenden Reaktionen der anderen Parteien sind in ihrer Grundintention ebenso vorhersehbar, wie das Stimmverhalten der einzelnen Mandatare. Wenn also der Stadtrechnungshof zur Budgetdisziplin mahnte, dann drängt sich die Behauptung auf, dass diese nicht unbedingt zu den Stärken der Volkspartei oder der Grünen gehört. Besser sieht es da schon mit der Parteidisziplin aus.

Wir werden wohl heute einmal mehr beobachten dürfen, was Parteidisziplin in Schwarz und Grün bedeutet, wenn einzelne Mandatare

teilweise wider besseres Wissen für den vorliegenden Haushaltsvoranschlag stimmen werden.

In Wahrheit besteht aber bei dem vorliegenden Entwurf überhaupt kein Grund zur Parteidisziplin oder gar zu falschem Optimismus.

Werfen wir den Blick auf das eine oder andere Detail, das in dieser Klarheit vom zuständigen Stadtrat entweder übersehen oder bewusst verschwiegen wird.

Aus der Pensionsvereinbarung mit der Holding Graz erhält die Stadt im kommenden Jahr letztmalig 33,8 Mio. Euro, die im Jahr 2013 erst erwirtschaftet werden müssen, zumal die Verpflichtung zur Auszahlung der Pensionen weiter bestehen bleibt, wobei die Rückstellung hierfür bereits verprasst wurde.

Das letzte Liegenschaftspaket aus dem Jahr 2011 brachte nur mehr €10.500.000 an Einnahmen. Also auch hier ist das Tafelsilber beinahe vollständig veräußert worden. Dem gegenüber steigen allerdings aus diesen Verkäufen die GBG-Mieten jährlich an.

Aber auch die Zinsbelastung verdient eine nähere Betrachtung. Nach der aktuellen Darstellung unterliegen nicht ganz 90% der Grazer Schulden einer fixen Verzinsung, während der Rest variabel verzinst ist.

Ein Fortbestand der gegenwärtigen Niedrigzinsphase ist aber nicht zu erwarten, was bedeuten würde, dass vorerst für 10% der Grazer Schulden, also für ungefähr 120 Mio. €, ein erhöhter Zinssatz realistisch zu erwarten sein wird.

Hinzu kommen noch die endfälligen Schuldscheindarlehen, deren die Stadt Graz im letzten Jahr vier Stück aufgenommen hat. In diesem Fall überbindet die Koalition kommenden Generationen eine endfällige

Summe in der Höhe von über 120 Mio. €, da die Stadt gegenwärtig lediglich die Zinsen, nicht aber das Kapital selbst tilgt.

Anstatt nun entsprechende Rücklagen zu bilden und für die in Aussicht stehenden Belastungen vorzubauen, sprechen Schwarz und Grün nun von weiteren Investitionen und einer daraus resultierenden Neuverschuldung.

In einer Grazer Tageszeitung habe ich die gelungene Formulierung gelesen, die Stadt Graz würde den Tisch aus der eigenen Tasche decken.

Das entspricht dem Bild, das ÖVP und Grüne von sich selbst gezeichnet haben, es entspricht nur leider nicht ganz der Realität.

Die beiden Parteien lassen im Rahmen ihrer durchaus gelungenen Selbstdarstellung nämlich ein kleines, aber entscheidendes Detail, buchstäblich unter den Tisch fallen. Das Gedeck der Gegenwart wird zu Lasten der Zukunft aufgelegt.

Ein weiteres Trugbild, das seitens unseres Finanzstadtrates gerne gezeichnet wird, ist die versuchte Darstellung eines positiven Reinvermögens der Stadt Graz.

Hier bediente man sich in der jüngeren Vergangenheit eines durchaus legalen und gar nicht so seltenen Tricks, der nur leider dazu geeignet ist, die Wahrheit über den finanziellen Gesamtzustand unserer Stadt weiter zu verschleiern.

Während in der Vergangenheit das öffentliche Gut unserer Stadt mit den Herstellungs- und Anschaffungskosten und den jährlichen Abschreibungen angesetzt wurde, hat man ab 2009 dieselben Straßen

und Kanäle mit einer anderen Wertkomponente versehen und zum Wiederbeschaffungswert angesetzt. Durch diesen Kunstgriff konnte eine Werterhöhung von 330 Mio. € vorgetäuscht werden.

Einzigster Schönheitsfehler: Welcher potente Investor kauft in der Realität eine Straße, einen Kanal oder vielleicht eine Ampelanlage?

In diesem Zusammenhang hat uns Herr Stadtrat Rüschi versichert, dass dergleichen ohnehin nicht in den Voranschlag einfließen und dass Derartiges erlaubt sowie durchaus üblich sei.

Erlaubt mag es ja durchaus sein, aber seriös ist ein derartiges Vorgehen nicht. Die Stadt weist ein Vermögen aus, das in der Realität in dieser Höhe nicht existiert. Die Aussage, dass dieser Wertzuwachs ohnehin nicht ins Budget einfließen, ist dann schon nur mehr bedingt richtig.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass in der kameralen Haushaltsführung nur Geldflüsse dargestellt werden. Wenn nun aber die Stadt Graz im Vorfeld ein erhöhtes Vermögen ausweist, um dieses sodann mit Schulden zu belasten, werden durch den zweiten Vorgang budgetrelevante Geldflüsse erzeugt, die sich durchaus in der Haushaltsdarstellung wieder finden.

Zusätzlich erlaube ich mir noch ein winziges aber nicht ganz unwesentliches Detail ins Treffen zu führen, das in den letzten Tagen überhaupt verschwiegen wurde.

Die Stadt Graz erwartet eine Erhöhung der Gesamtschuld für das Jahr 2012 auf € 1.225.000.000. In dieser Darstellung nicht enthalten ist der Barwert künftiger Pensionen an Anspruchsberechtigte. Dieser beträgt

abgezinst ungefähr 1,3-1,5 Milliarden €. Das macht im günstigsten Fall eine Verschuldung von rund. 2,5 Milliarden €.

Diesem Wert steht nun ein von der Stadt ausgewiesenes Reinvermögen in der Höhe von 2,558 Milliarden Euro gegenüber. In dieser Vermögensdarstellung sind nun auch die zuvor erwähnten Straßen, Kanäle und Denkmäler beinhaltet, die durch den bereits erwähnten finanztechnischen Trick künstlich um mehr als € 300.000.000 aufgeblasen wurden.

Die Vermutung liegt nahe, dass der Stadtrechnungshof das ähnlich sieht. Nicht ohne Hintergedanken wird im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zum Rechnungsabschluss 2010 folgendes Fazit gezogen:

Die Gegenüberstellung der konsolidierten Finanzschuld und des Reinvermögens der Stadt Graz gibt lediglich Anhaltspunkte. Ein positives Reinvermögen der Stadt Graz ist nicht darstellbar.

Mein persönliches Fazit und meine Beurteilung der künftigen Verhältnisse fallen leider nicht unbedingt besser aus.

In den kommenden Jahren werden einnahmenseitig aus bereits erwähnten Gründen Einbußen zu verzeichnen sein, während ausgabenseitig durch Zinsbelastungen, gestiegene Mietzinse, endfällige Kapitalforderungen und Pensionsverpflichtungen steigende Zahlungen zu befürchten sein werden.

Das Tafelsilber ist größtenteils veräußert. Von kommenden Liegenschaftspaketen darf also kein allzu hoher Gewinn mehr erhofft

werden und die gegenwärtige Schuldenpolitik wird auch nicht ad infinitum fortgesetzt werden können.

In dieser schwierigen Situation gilt mein Dank den Mitarbeitern des Magistrates Graz und im konkreten Fall all jenen Menschen, die keine Mühen und Anstrengungen gescheut haben, um diesen Haushaltsvoranschlag fertig zu stellen.

Während im Haus Graz von immer weniger Mitarbeitern zunehmend mehr Leistung erwartet wird, während die städtischen Bediensteten wesentlich zu einem funktionierenden Miteinander in unserer Stadt beitragen, dilettiert die Politik ungeniert vor sich hin und lässt sich für ihre bescheidenen Leistungen auch noch feiern.

Sie, meine Damen und Herren von ÖVP und den Grünen, sind hierfür geradezu beispielhaft. Es ist Ihnen unter beschönigender Darstellung temporär günstiger Faktoren gelungen, das trügerische Bild einer budgetären Verbesserung zu zeichnen. Mit diesem Umstand rechtfertigen Sie, nicht ganz uneigennützig, unmittelbar vor der kommenden Gemeinderatswahl, steigende – kreditfinanzierte - Investitionen in die Infrastruktur.

Es ist Ihnen zweifellos geglückt, diesen budgetären Euphemismus medienwirksam zu verkaufen und das Bild eines aus eigenen Mitteln gedeckten Tisches zu zeichnen.

In Wahrheit haben Sie mit Ihrer Politik sehenden Auges den finanziellen Handlungsspielraum kommender Generationen massiv eingeschränkt,

sodass diese - um das Bild der gedeckten Tafel weiter zu verwenden - mit den sprichwörtlichen Handschellen bei Tische sitzen werden müssen.

Ich bin mir des Umstandes bewusst, dass Sie, meine Damen und Herren von ÖVP und den Grünen, heute mit Ihrer Stimmenmehrheit faktische Verhältnisse erzeugen werden, die uns alle binden.

Das ist das Wesen der Demokratie, das ist zur Kenntnis zu nehmen.

Die bereits gehaltenen und die noch kommenden Budgetreden sind reine Formsache. Sie werden am längst feststehenden Ergebnis der heutigen Abstimmung nichts ändern.

Ich bin mir all dieser Tatsachen bewusst, dennoch sehe ich es als meine Pflicht an, nicht zu schweigen sondern meine Stimme zu erheben, wenn politische Entscheidungen zum Nachteil unserer Gesellschaft getroffen werden.

Die FPÖ wird diesem Voranschlag daher die Zustimmung verweigern.

Abschließend erlaube ich mir, zwei Wünsche zu formulieren:

Einerseits wünsche ich vor allem Ihnen beiden, Sehr geehrter Herr Bürgermeister und sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, ein sehr langes und erfülltes Leben in Zufriedenheit und in körperlicher sowie vor allem in geistiger Gesundheit.

Andererseits wünsche ich mir für die kommenden Jahre eine politisch aktive und mutige Grazer Gesellschaft, die zum gegebenen Zeitpunkt alle erdenklichen rechtlichen Mittel ausschöpfen wird, um die Verursacher der Finanzmisere – und sei es auch im fortgeschrittenen Alter – persönlich und mit ihrem Privatvermögen zur Verantwortung zu ziehen.